

Niederschrift über die 36. Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld am 09.10.2025, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	2. stellvertretender Bürgermeister
Ratsmitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Christoph Fels	CDU	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Alois Homann	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Bernhard Lammerding	CDU	
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Frau Annegret Nawrocki	FDP	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Carolin Rulle	CDU	
Herr Florian Schubert	Aktiv für Coesfeld	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Frau Barbara Sieverding	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Matthis Tasler	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Georg Veit	Pro Coesfeld	

Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Lars Vogel	CDU	bis 18:50 Uhr anwesend (TOP Ö3)
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Frau Inge Walfort	SPD	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Herr Lutz Wedhorn	CDU	bis 20:54 anwesend (TOP Ö17)
Herr Holger Weiling	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	II. Beigeordneter	
Herr Michael Vogt	FBL 50	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Christin Mittmann	FBL 20	

Schriftführung:

Herr Erich Prinz eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:39 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommen die Mitglieder des Rates überein, Herrn Benno Eink für diese Ratssitzung zum Schriftführer zu bestellen.

Herr Flögel stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt (TOP) Ö21, Vorlage 211/2025, zu vertagen.

Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Es besteht Einigkeit, den TOP Ö30, Vorlage 213/2025, vor dem TOP Ö4, Vorlage 231/2025, zu behandeln und die TOP Ö25, Ö27 und Ö28 von der Tagesordnung abzusetzen.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 3 Bericht der Polizei zur Vorstellung der Kriminalitätsstatistik im Bereich der Stadt Coesfeld
Vorlage: 222/2025
- 4 Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Umsetzungsplan für das Parken in der Innenstadt
Vorlage: 213/2025
- 5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Priorisierung der Planung des Parkhauses Münsterstr.
Vorlage: 231/2025
- 6 Bürgerbegehren gem. § 26 GO NRW zum Parkdeck Marienring - Prüfung der Zulässigkeit
Vorlage: 254/2025
- 7 Zuleitung des Jahresabschlussentwurfes 2024 der Stadt Coesfeld gem. § 95 Abs. 5 GO NRW
Vorlage: 257/2025
- 8 Budgetbericht zum 30.06.2025
Vorlage: 238/2025
- 9 Sicherheit bei Veranstaltungen - Maßnahmen für die Fußgängerzone
Vorlage: 225/2025
- 10 Gültigkeit von Handwerkerparkausweisen/Parkausweisen für soziale Dienste
Vorlage: 233/2025
- 11 Satzung für das Stadtarchiv Coesfeld einschließlich Benutzungsordnung
Vorlage: 203/2025
- 12 Änderung der Hauptsatzung bezüglich der Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Bürgermeister
Vorlage: 263/2025
- 13 Einführung einer Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: 190/2025
- 14 Soziale Betreuung Geflüchteter
Vorlage: 204/2025

- 15 Option für Anmietung Hallensportfläche für Schulsport der Freiherr-vom-Stein-Real-
schule
Vorlage: 028/2025
- 16 Neubau barrierefreier Sportanlagen im Sportzentrum West durch den Verein DJK Co-
esfeld e.V.
Vorlage: 192/2025
- 17 Anträge auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen aus der Sportpauschale
für das Jahr 2026
Vorlage: 193/2025
- 18 Entscheidung zu Bedarf und Förderung einer Bauernhof-Kita
Vorlage: 194/2025
- 19 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruch-
nahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und der offe-
nen Ganztagsgrundschulen
Vorlage: 196/2025
- 20 Lagebericht in künftigen Jahresabschlüssen
Vorlage: 255/2025
- 21 Umlegungsausschuss: Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes
Vorlage: 272/2025
- 22 Leitfaden zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Coesfeld
Vorlage: 211/2025
- 23 Benennung von Straßen im Ortsteil Lette
Vorlage: 219/2025
- 24 DIEK-Lette: Neugestaltung Lönsdenkmal im Sanden
Vorlage: 217/2025
- 25 DIEK Lette 2.0 - Aufnahme neuer Projektideen
Vorlage: 223/2025
- 26 Beschluss Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts der Stadt Coesfeld 2025
Vorlage: 224/2025
- 27 Bebauungsplan "Nr. 135 Bahnhofsareal Rekener Straße" 2. Änderung
Vorlage: 094/2025
- 28 Bebauungsplan Nr. 167 " Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege"
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 226/2025
- 29 Bebauungsplan Nr. 168 " Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Rött-
chen" - Satzungsbeschluss
Vorlage: 228/2025
- 30 Neugestaltung öffentlicher Flächen in der Innenstadt
Vorlage: 189/2025
- 31 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Bericht über den Erlass und die Niederschlagung von Geldforderungen
Vorlage: 256/2025

- 3 Veräußerung eines Grundstücks
Vorlage: 239/2025
- 4 Leitfaden zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Coesfeld -
Karte
Vorlage: 212/2025
- 5 Mittelbare Beteiligung über die Emergy Führungs- und Servicegesellschaft mbH: Er-
werb von Anteilen durch Trianel GmbH an der Trianel BESS 1 GmbH & Co. KG (T-
BESS 1) u. der mittelbaren Beteiligung an der Trianel Batteriepark Waltrop GmbH &
Co. KG (TBW)
Vorlage: 242/2025
- 6 Beitritt zur Bürgerwind Erler Lohr GmbH & Co. KG
Vorlage: 253/2025
- 7 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 2	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Herr Philipp Hänsel (1. Beigeordneter) informiert die Ratsmitglieder darüber, dass die Bürgerwindpark Rorup Entwicklungs GbR ihr Vorhaben auf den Flächen der Stadt Coesfeld nicht weiter verfolgen wird. Die gesetzlichen Vorgaben für Windenergie an Land hätten sich durch die RED-III-Richtlinie so verschärft, dass eine Umsetzung des geplanten Projekts nicht mehr möglich sei. Die GbR bedanke sich ausdrücklich für die stets konstruktive und engagierte Unterstützung.

Frau Christin Mittmann (Kämmerin) stellt den Ratsmitgliedern die geplanten Termine für die Einbringung, Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2026 vor. Aufgrund der Kommunalwahl und der Konstituierung des neuen Rates, wird der Haushalt 2026 im Februar des kommenden Jahres beschlossen werden. Die Terminübersicht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Erich Prinz (zweiter stellvertretender Bürgermeister) verabschiedet die mit Ende der Wahlperiode 2020 – 2025 ausscheidenden Ratsmitglieder. Er bedankt sich auch im Namen der verhinderten Bürgermeisterin Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg bei allen Ratsmitgliedern für die zurückliegenden 5 Jahre und hebt hervor, dass es keine Selbstverständlichkeit sei, sich in diesem Ehrenamt für die Stadtgesellschaft zu engagieren.

Allen siebzehn ausscheidenden Ratsmitgliedern erhalten als kleine Anerkennung für ihr Engagement zum Abschied ein Präsent sowie ein Magazin mit dem Text des Grundgesetzes und ergänzenden Informationen. Herr Prinz wünscht Ihnen alles Gute für die Zukunft und fordert dazu auf, weiter politisch aktiv zu sein.

TOP 3	Bericht der Polizei zur Vorstellung der Kriminalitätsstatistik im Bereich der Stadt Coesfeld Vorlage: 222/2025
-------	---

Der Leiter der Coesfelder Polizeiwache, Herr Norbert Vosskühler, stellt anhand einer kurzen Präsentation, die als Anlage dieser Niederschrift beigefügt ist, die aktuelle Kriminalitätsstatistik für die Stadt Coesfeld vor.

Kriminalitätsschwerpunkte seien nicht vorhanden, das Geschehen verteile sich auf das gesamte Stadtgebiet. Es handele sich insgesamt um eine unauffällige Lage. Die Aufklärungsquote habe im vergangenen Jahr 2024 bei 55 % gelegen. Der Kreis Coesfeld gehöre zu den sichersten Landkreisen in Nordrhein-Westfalen.

Im Anschluss an die Präsentationen sprechen Vertreter / Vertreterinnen aller Fraktionen der Polizei ihren Dank für die geleistete Arbeit aus und stellen vertiefende Fragen zu einzelnen Aspekten der Kriminalitätsstatistik.

Abschließend dankt Herr Prinz für die Aufarbeitung und Darstellung der vielen Informationen.

TOP 4	Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Umsetzungsplan für das Parken in der Innenstadt Vorlage: 213/2025
-------	---

Herr Hänsel verweist einführend auf die ausführliche Vorlage und die intensiven Beratungen. Er geht darauf ein, ob ein Standort an der Agentur für Arbeit keine Alternative für das Parkdeck am Marienring darstellen könne?

Die im Masterplan Mobilität dargestellten Rahmenbedingungen und definierten Grundsätze erforderten auch an dem alternativen Standort die Schaffung einer größeren Zahl von Parkplätzen und käme nicht ohne Baumfällungen aus. In diesem Bereich der Innenstadt sei eine Erweiterung des Parkplatzangebotes erforderlich.

Der Rat nimmt die Vorlage und Erläuterungen zur Kenntnis.

TOP 5	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Priorisierung der Planung des Parkhauses Münsterstr. Vorlage: 231/2025
-------	--

Herr Stallmeyer spricht sich für die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 10.07.2025 (Beschlussvorschlag 2) aus. Er favorisiert den Parkplatz der Arbeitsagentur als Standort für ein Parkdeck und fordert, den Fokus darauf zu richten.

Herr Volmer berichtet über die Diskussion in der Fraktion Pro Coesfeld.

Die Fraktion unterstütze die Priorisierung des Parkhauses an der Münsterstraße (Beschlussvorschlag 1). Der Bedarf an Alternativparkplätzen sei da und die Umsetzung dort bereits in Arbeit.

Ebenso werde die Aufhebung des Ratsbeschlusses zum Parkdeck Marienring gefordert. Grund sei nicht nur das laufende Bürgerbegehren. Es müsse an anderen Orten nach Möglichkeiten für alternative Parkplätze in der Innenstadt geschaut werden. Der Standort Marienring stehe dabei nicht an erster Stelle.

Herr Bücking erklärt, dass es seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen keine neuen Erkenntnisse gebe. Daher sei der dort gefasste Beschluss, die Aufhebung des Ratsbeschlusses zum Parkdeck Marienring zurückzustellen bis Alternativen geprüft und vorgestellt worden seien, weiter aktuell.

Herr Öhmann fordert für die Fraktion der Grünen, das Projekt Parkdeck Marienring jetzt zu beenden. Alle Parteien hätten sich vor der Kommunalwahl dahingehend positioniert, das Parkdeck dort nicht zu wollen.

Frau Albertz verweist auf die Parkmöglichkeiten im geplanten Parkhaus Münsterstraße. Zudem solle die Variante eines Parkdecks auf dem Parkplatz der Arbeitsagentur ins Auge genommen werden. Der Unmut der Anwohner übe Druck auf die Entscheider aus.

Herr Tranel macht für die CDU-Fraktion deutlich, dass ein Bedarf an Parkraum in der nördlichen Innenstadt vorhanden sei und betont, es könne darauf vertraut werden, dass das Parkdeck Marienring nicht gewollt sei.

Herr Öhmann fordert in Richtung der CDU Klarheit für die Anwohner des Marienrings. Der Ratsbeschluss zum Parkdeck dort müsse aufgehoben werden.

Herr Fabry äußert seitens der FDP Verwunderung über die unklare Position. Die CDU wolle das Parkdeck Marienring nicht, aber die Aufhebung des entsprechenden Beschlusses solle zurückgestellt werden. Die FDP werde der Aufhebung zustimmen.

Frau Dicke ruft alle Parteien dazu auf, gemeinsam für die Aufhebung des Beschlusses zu stimmen. Herr Stallmeyer ergänzt, niemand wolle das Parkdeck Marienring, da Alternativen möglich seien. Der Beschluss müsse aufgehoben werden

Herr Hänsel weist darauf hin, dass – sollte der Beschluss zum Parkdeck Marienring nicht aufgehoben werden – das Bürgerbegehren weiterlaufe. Hinsichtlich des alternativen Standorts an der Arbeitsagentur verweist er darauf, dass sich Änderungen ergeben könnten. Die Einzelheiten seien dann zu klären, aber für diese Klärung gebe es bisher keinen politischen Auftrag.

Herr Tranel unterbreitet folgenden Vorschlag. Als Gegenstück zum Aufhebungsbeschluss solle der Verwaltung der Auftrag erteilt werden, für die Parkplätze an der Arbeitsagentur die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Frau Dicke unterstützt für Pro Coesfeld diesen Vorschlag

Herr Kämmerling unterstützt die Priorisierung des Parkhauses Münsterstraße und hält ein weiteres Parkhaus nicht für erforderlich. Die Konzentration auf die Münsterstraße schaffe die Entlastung, die man sich wünsche.

Herr Tranel macht abschließend deutlich, dass der Auftrag an die Verwaltung mehr als nur eine Prüfung umfassen müsse. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen erarbeitet und in einer Vorlage dargestellt werden.

Es wird folgender, ergänzender Beschlussvorschlag formuliert:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Projektierung für ein Parkdeck an der Arbeitsagentur zu erarbeiten und diese den politischen Gremien vorzulegen.“

Herr Prinz stellt sodann die Beschlussvorschläge in folgender Reihenfolge zur Abstimmung

- Beschlussvorschlag 1 (Priorisierung Parkhaus Münsterstraße)
- Ergänzender Beschlussvorschlag (Projektierung Parkdeck Arbeitsagentur)
- Beschlussvorschlag 2 (Aufhebung Ratsbeschluss zum Parkdeck Marienring)

Beschlussvorschlag 1:

1. Der Planung und Bau eines Parkhauses an der Münsterstraße wird höchste Priorität eingeräumt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bedarfsanalyse zu erstellen, um die erforderliche Anzahl von Stellplätzen unter Berücksichtigung folgender Kriterien zu ermitteln:
 - Bedarf des Christophorus-Klinikums (Patienten, Besucher, Beschäftigte),
 - Bedarfe des Einzelhandels, der Dienstleistungen im Umfeld,
 - städtebauliche Integration im Rahmenplan Münsterstraße.Auf Grundlage dieser Analyse werden die weiteren Planungsschritte eingeleitet.

Ergänzender Beschlussvorschlag (in der Sitzung formuliert):

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Projektierung für ein Parkdeck an der Arbeitsagentur zu erarbeiten und diese den politischen Gremien vorzulegen.

Beschlussvorschlag 2:

Der Beschluss vom 10.07.2025, im Zuge einer Änderung des Bebauungsplans 121/1 das benötigte Planungsrecht für die Errichtung eines Parkdecks am Marienring zu schaffen, wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	39	0	1
Ergänzender Beschlussvorschlag	32	7	1
Beschlussvorschlag 2	40	0	0

TOP 6	Bürgerbegehren gem. § 26 GO NRW zum Parkdeck Marienring - Prüfung der Zulässigkeit Vorlage: 254/2025
-------	---

Aufgrund des Beschlusses zum Beschlussvorschlag 2 beim vorangehenden TOP „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Priorisierung der Planung des Parkhauses Münsterstr.“ (Vorlage 231/2025) ist eine Beratung dieses Tagesordnungspunktes obsolet.

TOP 7	Zuleitung des Jahresabschlussentwurfes 2024 der Stadt Coesfeld gem. § 95 Abs. 5 GO NRW Vorlage: 257/2025
-------	---

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 zur Kenntnis und leitet ihn nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

Frau Walfort befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8	Budgetbericht zum 30.06.2025 Vorlage: 238/2025
-------	---

Der Rat nimmt die Budgetberichte zum 30.06.2025 zur Kenntnis.

TOP 9	Sicherheit bei Veranstaltungen - Maßnahmen für die Fußgängerzone Vorlage: 225/2025
-------	---

Herr Thies nimmt Bezug auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss und führt folgende Punkte aus:

- Mobile Sperren seien gegenüber Pollern die günstigere Alternative. Da zu prüfen bleibe, welche Art von mobilen Sperren die geeignete sei, könne eine Schätzung, die von 20.000 Euro für sechs mobile Sperren ausgehe, letztlich nicht belastbar sein.
- Weitere Kosten würden für den Auf- und Abbau sowie die Überwachung während der Veranstaltungen (z. B. zur Sicherstellung der Durchlässigkeit für Rettungsdienste) anfallen.
- In der Innenstadt fänden jährlich 9 – 10 zu sichernde Veranstaltungen statt, die aber nicht immer das gesamte Gebiet umfassten.
- Als Beispiel für die anfallenden Kosten könne das Frühlingsfest herangezogen werden. 76 Arbeitsstunden sowie der erforderliche Maschineneinsatz beliefen sich auf eine Summe von rd. 4.500 Euro.
- Stelle man die Kosten einer mobilen Lösung denen einer Pollerlösung gegenüber, so wäre eine Amortisation nach 30 bis 40 Jahren zu erwarten. Unberücksichtigt blieben dabei die neben den Wartungskosten zu erwartenden Folgekosten, wie z. B. Reparaturen u. ä.

Herr Stallmeyer erklärt, das Konzept der Stadt basiere auf der Annahme, dass ein Anschlag mit einem Kraftfahrzeug erfolge. Angriffe könnten aber ebenso mit Messer oder Drohnen erfolgen. Das Konzept beschneide die Freiheitsrechte und suggeriere, dass die Maßnahmen für Sicherheit sorgten. Es sei aber zu akzeptieren, dass es keine absolute Sicherheit geben könne. Man müsse alle Veranstaltungen (z. B. Prozessionen) im Blick haben. Es gebe einige Veranstaltungen, bei denen die Pollerlösung nicht greifen würde. Das Konzept werde abgelehnt.

Herr Thies stimmt zu, dass die Absperrungen auf motorisierte Anschläge ausgerichtet seien. Es seien Sicherheitskonzepte in Abhängigkeit von der Art der Veranstaltung erforderlich. Nichts zu tun sei keine Option.

Herr Bücking führt aus, dass eine fachliche und sachliche Beratung im Ausschuss für Planen und Bauen erfolgen solle, da mit dem ersten Beschluss (Anmerkung der Schriftführung: Vorlage152/2025 im Rat am 10.07.2025) keine zeitliche Dramatik gegeben sei.

Herr Tranel unterstützt diesen Vorschlag verbunden mit der Frage, ob der Stadtmarketingverein oder die Veranstalter zur Refinanzierung herangezogen werden sollten? Das sei im Ausschuss für Planen und Bauen zu diskutieren.

Frau Albertz spricht sich auch für eine erneute Beratung im Fachausschuss aus. Sie wünscht sich eine tiefergehende Diskussion, insbesondere auch zu präventiven Maßnahmen.

Frau Vennes stellt sodann den Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Verwaltung beauftragt werde, die noch offenen Fragen zur Sicherheit bei Veranstaltungen in der Coesfelder Innenstadt umfassend aufzuarbeiten und das Ergebnis sodann dem Ausschuss für Planen und Bauen erneut zur Beratung vorzulegen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die noch offenen Fragen zur Sicherheit bei Veranstaltungen in der Coesfelder Innenstadt umfassend aufzuarbeiten und das Ergebnis sodann dem Ausschuss für Planen und Bauen erneut zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	40	0	0

TOP 10 Gültigkeit von Handwerkerparkausweisen/Parkausweisen für soziale Dienste
Vorlage: 233/2025

Beschlussvorschlag:

Die Gültigkeit von Handwerkerparkausweisen und Ausweisen für soziale Dienste beträgt weiterhin maximal 1 Jahr.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	19	20	1

TOP 11 Satzung für das Stadtarchiv Coesfeld einschließlich Benutzungsordnung
Vorlage: 203/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage 203/2025 beigefügte Satzung inklusive Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Coesfeld zu erlassen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	40	0	0

TOP 12 Änderung der Hauptsatzung bezüglich der Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Bürgermeister
Vorlage: 263/2025

Beschlussvorschlag:

Die dieser Vorlage beigefügte 2. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Coesfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	40	0	0

TOP 13	Einführung einer Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Vorlage: 190/2025
--------	---

Herr Thies verweist zur Einleitung auf die intensive Diskussion im Sozialausschuss und legt dar, aus welchen Gründen die Verwaltung die Einführung der Bezahlkarte für sinnvoll erachtet:

- Kreisweit einheitliche Lösung
- Neu zugewiesene Asylbewerber sind bereits vertraut mit der Karte
- Der Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung steigt
- Eine atypische Situation, die gegen die Karte spricht, ist für Coesfeld nicht ersichtlich
- Der zusätzliche Aufwand für die Verwaltung ist überschaubar
- Eine Stigmatisierung durch die Bezahlkarte ist bei der weiten Verbreitung der Kartenzahlung nicht erkennbar

Herr Öhmann lehnt die Einführung der Bezahlkarte ab, da eine kleine Personengruppe eine Sonderbehandlung durch die Einschränkungen bei der Verwendung erfahre.

Herr Nielsen begründet für die SPD-Fraktion die Ablehnung. Aufgrund der genannten und weiteren, nicht erwähnten Einschränkungen erfolge eine Ungleichbehandlung. Dies werde als Stigmatisierung gesehen.

Als positives Beispiel verweist er auf Dänemark. Dort würde keine Bezahlkarte genutzt, sondern alle 14 Tage Bargeld an die Leistungsberechtigten ausgegeben. Eine Stigmatisierung sei ausgeschlossen.

Zudem seien die genannten Effekte weder geprüft noch bewiesen.

Herr Bouhari ergänzt, dass in Nachbarkreisen – auch unterschiedlicher politischer Couleur – gegen die Einführung gestimmt wurde.

Herr Bouhari erkundigt sich, ob es Belege für die genannten Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung gebe. Er führt aus, dass verschiedene Wohlfahrts- und Spitzenverbände, z. B. die Caritas oder der Flüchtlingsrat NRW, die Bezahlkarte ablehnten. Dieser Ablehnung schlosse er sich an. Die Diskussion über die Karte habe rechte Ressentiments bedienen wollen: Man mache etwas gegen Asylanten und Migranten.

Herr Wolfers stört sich ebenfalls an der Diskriminierung. Die Karte sei nicht überall einsetzbar. Er lehne die Einführung ab.

Frau Vennes erklärt für die Fraktion Pro Coesfeld, gegen die Einführung zu stimmen. Man wolle keinen Flickenteppich bei der Nutzung der Karte. Das Land solle für Einheitlichkeit sorgen.

Herr Köchling weist für die CDU-Fraktion den Vorwurf, rechte Politik zu machen, zurück. Den Missbrauch von Steuergeldern weniger möglich zu machen, stelle keine Diskriminierung dar.

Frau Sieverding, weist die Begrifflichkeit „Missbrauch von Steuergeldern“ vehement zurück. Sie stelle eine Stigmatisierung dar und sei eine pauschale Unterstellung, die rechtspopulistische Ressentiments bediene.

Herr Kestermann verweist auf die Zustimmung im Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales. Er hält die Gleichbehandlung im Kreis Coesfeld sowie die Sonderregelungen für Mütter und deren Kinder für sinnvoll.

Herr Bouhari gibt zu bedenken, dass sowohl die örtliche Flüchtlingsinitiative, als auch die Caritas und das DRK die Bezahlkarte ablehnten. Diese Verbände arbeiteten professionell in der

Betreuung der Asylbewerber und würden regelmäßig in den Gremiensitzungen gelobt. Sie hielten die Bezahlkarte für den falschen Weg. Wenn man die Arbeit der genannten Verbände schätze, müsse man sie ernst nehmen und sich ihrer Expertise nicht widersetzen.

Herr Öhmann gibt an, dass lt. einer Mitteilung des Landtags NRW der Missbrauch von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im %-Bereich liegt.

Abschließend weisen Herr Thies und Herr Vogt (Fachbereichsleiter 50 – Soziales und Wohnen) darauf hin, dass die Ablehnung der Bezahlkarte (Opt-Out-Regelung) als Abweichung vom gesetzlich normierten Regelfall zu sehen ist.

Beschlussvorschlag:

Die Bezahlkarte für Leistungsbeziehende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wird gemäß den landesgesetzlichen Regelungen in der Stadt Coesfeld zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingeführt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	18	22	0

TOP 14 Soziale Betreuung Geflüchteter Vorlage: 204/2025

Herr Thies betont zu Beginn der Beratung, dass das DRK gute Arbeit leiste und die Kommunikation untereinander immer gut funktioniert habe.

Herr Bouhari stellt fest, dass die Übernahme der Aufgabe der sozialen Betreuung Geflüchteter durch die Stadtverwaltung für das DRK schmerzlich sei. Aber man mache keine Politik für das DRK sondern für die Stadt Coesfeld. Er könne die Argumentation der Stadt nachvollziehen und erwartet, dass „mehr PS für die Integration auf die Straße kommen“.

Frau Vennes stimmt dem zu und bescheinigt dem DRK hervorragende Arbeit zu leisten. Der Vertrag sei befristet und die Gründe der Stadt seien hinreichend diskutiert worden. Sie sehe die Übernahme der Aufgabe als gute Lösung für die Integrationsarbeit.

Herr Fabry hält den Zeitpunkt für verfehlt. Die Diskussion müsse geführt werden, wenn alle Informationen vorlägen.

Herr Thies weist darauf hin, dass – sollten keine Stellen im Stellenplan 2026 vorgesehen werden - die Betreuung Geflüchteter nicht durch die Stadt übernommen werden könne.

Frau Albertz sieht die Übernahme der Aufgabe positiv. Es könnten eigene Standards gesetzt werden. Das Thema werde die Stadt noch viele Jahre begleiten, Personal einzusparen sei nicht angebracht.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass sich die Aufgabe der sozialen Betreuung Geflüchteter als dauerhafte freiwillige kommunale Aufgabe verfestigt hat. Die soziale Betreuung der in den städtischen Unterkünften untergebrachten Personen soll zukünftig mit städtischem Personal durchgeführt werden. Hierzu sollen im Stellenplan 2026 sowie in den Folgejahren ein Stellenumfang von 3,0 VZÄ eingeplant werden. Dies

erfolgt, ergänzt durch einen Sperrvermerk, vorbehaltlich der Ergebnisse des Kreiskonzeptes.

2. Zusätzlich soll mit einem Stellenanteil von 0,5 VZÄ die Funktion einer/eines städtischen Integrationsbeauftragten im Stellenplan 2026 sowie in den Folgejahren eingerichtet werden.
3. Der aktuelle Vertrag mit dem DRK soll im erforderlichen Umfang – längstens jedoch bis zum 30.09.2026 – verlängert werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	21	18	1
Beschlussvorschlag 2	21	18	1
Beschlussvorschlag 3	39	0	1

TOP 15	Option für Anmietung Hallensportfläche für Schulsport der Freiherr-vom-Stein-Realschule Vorlage: 028/2025
--------	--

Herr Stallmeyer erkundigt sich, wo die Flächen seien, die seitens der DJK Coesfeld in Sportraum umgenutzt werden sollen?

Herr Thies erklärt, dass es derzeit noch keine vertraglichen Vereinbarungen gäbe. Die DJK Coesfeld prüfe verschiedene Optionen und gehe aktiv auf die Flächeneigentümer zu. Eine spruchreife Entscheidung läge nicht vor.

Beschlussvorschlag:

Dem im Sachverhalt beschriebenen Vorgehen wird aus schulfachlicher Sicht zugestimmt, sofern die baurechtlichen Voraussetzungen für Schulsport geschaffen sind.

In die Haushaltsplanung 2026 sind zusätzlich Aufwendungen für Miete für den Schulsport an der Freiherr-vom-Stein-Realschule in Höhe von 36.000 € aufzunehmen. Entsprechende Werte sind auch in den künftigen Jahren für zunächst 5 Jahre einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	40	0	0

TOP 16	Neubau barrierefreier Sportanlagen im Sportzentrum West durch den Verein DJK Coesfeld e.V. Vorlage: 192/2025
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Antragstellung zum Neubau der Multifunktionssporthalle baurechtlich positiv zu begleiten.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, dem Abriss der alten Umkleide und dem barrierefreien Neubau moderner Sportanlagen im Sportzentrum West durch die DJK Coesfeld e.V. an der Reiningstraße zuzustimmen.

Beschlussvorschlag 3:

Ein Erbbaurechtsvertrag für die erforderliche Gebäudefläche ist vorzubereiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Beschlussvorschlag 4:

Dem Vorschlag der DJK Coesfeld e.V. zur Umnutzung des aktuellen Basketballfeldes zu einer Kunstrasenkleinspielfläche sowie der Kompensation in Form der Schaffung von zwei 3x3-Basketballfeldern nördlich des Neubaus wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag 5:

Die Kosten für die Umgestaltung des Parkplatzes sind durch den Verein DJK Coesfeld e.V. zu tragen. Hier sind eine Vereinbarung zur Kostenübernahme, zum Ausbaustandard und hinsichtlich der künftigen Verkehrssicherungspflicht zu treffen.

Beschlussvorschlag 6:

Die Verwaltung wird beauftragt eine entsprechende vertragliche Vereinbarung mit der DJK Coesfeld e.V. über die Gesamtinhalte der geplanten Maßnahmen vorzubereiten.

Beschlussvorschlag 7 (Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

1. Es wird angeregt, dass die Pflasterfläche versickerungsfähig mit Rasengittersteinen und Elefantengras herzustellen ist. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob eine PV-Anlage errichtet werden kann.
2. Es wird angeregt, dass das Gebäude mit einem Gründach und größtmöglicher Fassadenbegrünung auszustatten ist.
3. Es wird angeregt, dass die Flutlichtanlage nach den Vorgaben und Hinweisen der Unteren Naturschutzbehörde zu installieren ist.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1,3, 4,6, 7 en bloc	39	0	1

Die Abstimmung über die Beschlussvorschläge 2 und 5 ist obsolet.

TOP 17	Anträge auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen aus der Sportpau- schale für das Jahr 2026 Vorlage: 193/2025
--------	---

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, folgende Vorhaben mit einem Investitionskostenzuschuss – vorbe-
haltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2026 – zu unterstützen.

Schützengilde Lette e.V.: <i>Modernisierung Luftdruckstand, Teilaustausch Fenster</i>	16.000 €
Tennisclub Coesfeld 1924 e.V.: <i>Sanierung Clubheim</i>	15.000 €
Letteraner Volti-Zoo e.V.: <i>Bau eines Unterstandes für Pferde und Futtermittel</i>	10.000 €
Petanque Club Boulevard e.V.: <i>Sanierung Toilettenanlagen u.a.</i>	5.300 €
SG Antonius Schützenbruderschaft e.V. <i>Sanierung Clubheim</i>	2.140 €
Zucht-, Reit- und Fahrverein Coesfeld-Lette e.V. <i>Neubau Longierhalle</i>	10.000 €
DJK Vorwärts Lette e.V. <i>Neubau Padel-Court</i>	36.000 €
Tennisclub Coesfeld 1924 e.V.: <i>Modernisierung und Öffnung der Tennisanlage</i> <i>(2026 und 2027 je 70.000 €)</i>	70.000 €

Die Einzelheiten (Verwendungsnachweis, Zweckbindung etc.) sind in einer vertraglichen
Vereinbarung mit dem jeweiligen Verein zu regeln.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	40	0	0

TOP 18	Entscheidung zu Bedarf und Förderung einer Bauernhof-Kita Vorlage: 194/2025
--------	--

Herr Tranel teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese nicht einheitlich abstimmen werde, da es unterschiedliche Blickwinkel auf das Projekt gäbe. Einerseits sei es eine interessante Neuerung andererseits schaffe man einen Präzedenzfall.

Herr Kestermann verweist auf die Befürwortung der Bauernhof-Kita im Bezirks- und im Jugendhilfeausschuss und sähe eine Ablehnung als Fehler. Es werde nur eine Anschubfinanzierung benötigt. Er bittet, der Aufhebung des Sperrvermerkes zuzustimmen.

Herr Volmer erwidert, dass der einmalige Zuschuss nicht abgesichert sei. Was passiere, wenn das Projekt nicht funktioniere? Er verweist auf die deutlich sinkende Zahl der Ansprüche auf einen Betreuungsplatz. In Münster würde eine KITA leer stehen. Der Rat müsse die Finanzen im Blick behalten. In Coesfeld sei die Trägervielfalt gegeben.

Herr Stratmann begrüßt für die Fraktion Familie das Projekt und fordert, dass Coesfelder und Letter Kinder bei der Platzvergabe bevorzugt werden sollten.

Herr Nielsen merkt an, dass aus Sicht der Stadt abzuwägen und zu bewerten sei, wie sich die Förderung in diesem Fall von der bei anderen Einrichtungen gleicher Qualität unterscheide.

Herr Kleinschneider spricht von einer schwierigen Entscheidung. Er stellt die Frage, ob die positive Bewertung in den vorberatenden Gremien nicht einen Vertrauensschutz geschaffen habe. Er stehe den neuen Zahlen kritisch gegenüber und bewerte die Bedarfssituation in Lette anders. Er erwarte einen wachsenden Bedarf.

Herr Kämmerling lehnt die Zustimmung ab und verweist darauf, dass das Wohl der gesamten Stadt entscheidend sei. Die Finanzierung der Bauernhof-Kita werde teuer und man schaffe einen Präzedenzfall für andere Träger.

Abschließend erläutert Herr Thies mit Verweis auf die Sachverhaltsdarstellung der Vorlage, dass die Abstimmung allein über den Beschlussvorschlag 2 erfolgen müsse.

Beschlussvorschlag:

1. Das Vorhaben Bauernhof-Kita wird als bedarfsgerecht festgestellt, in die Jugendhilfeplanung aufgenommen und gem. dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) gefördert.
2. Der Sperrvermerk zur Haushaltsposition „Bezuschussung Bauernhof-Kita“ in Höhe von 180.000 € wird aufgehoben.
3. Es sind weitere Haushaltsmittel für zusätzliche Mietzahlungen in die Haushalts- und Finanzplanungen einzustellen (bis zum Erreichen der KiBiz-Miete von 14,00 € über die Jahre).
4. Mit dem Investor wird eine Vereinbarung über die Zahlung des Zuschusses geschlossen, die eine Zweckbindungsfrist von 20 Jahren und Details zu Auszahlungsschritten und Verwendungsnachweisen vorsieht. In der Vereinbarung ist festzuhalten,
 - a. dass der Investor Räumlichkeiten in einer Größe entsprechend der in § 7 Abs. 3 DVO KiBiz genannten Quadratmeter schafft und für Kindergartenzwecke bereitstellt.
 - b. dass die Finanzmittel bei Schließung der Kindertageseinrichtung zurückzuzahlen sind.

- c. der Zuschuss nach Baufortschritt in Teilbeträgen ausgezahlt wird.
5. Diese Beschlüsse ergehen vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis der Bauernhof-Kita als naturpädagogische Einrichtung durch das LWL Landesjugendamt Westfalen. Für den Fall, dass die Maßnahme schon mit städtischen Mitteln gefördert worden ist, die Betriebserlaubnis danach aber versagt wird, sind die Mittel zurückzuzahlen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag Ziffer 2	6	33	0

Laut Darstellung im Sachverhalt der Vorlage 194/2025 unter dem Punkt „Zuständigkeit“, entscheidet der Rat allein über die Aufhebung des Sperrvermerks. Die Beschlüsse zu den Ziffern 1 und 3 bis 5 liegen in der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses.

TOP 19	2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und der offenen Ganztagsgrundschulen Vorlage: 196/2025
--------	--

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 beigefügte zweite Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, offenen Ganztagsgrundschulen und sonstigen schulischen Betreuungsangeboten auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld vom 22.01.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	0

Frau Rulle befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 20	Lagebericht in künftigen Jahresabschlüssen Vorlage: 255/2025
--------	---

Beschlussvorschlag:

Der Lagebericht wird ab dem Wirtschaftsjahr 2025 in komprimierter Form erstellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	0

Frau Rulle befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 21	Umlegungsausschuss: Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes Vorlage: 272/2025
--------	--

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestellt Markus Terfloth für fünf Jahre als stellvertretendes Mitglied des Umlegungsausschusses.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	0

Frau Rulle befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 22	Leitfaden zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Coesfeld Vorlage: 211/2025
--------	---

Beschlussvorschlag:

Der „Leitfaden zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Coesfeld“ wird hiermit beschlossen und soll zukünftig bei allen Anfragen und Planungen bzgl. der Realisierung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf Coesfelder Stadtgebiet beachtet werden.

Alternativer Beschlussvorschlag:

Der „Leitfaden zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Coesfeld“ wird mit einem Puffer von 1.000 m um ASB/ASB-P/GIB/GIB-P beschlossen und soll zukünftig bei allen Anfragen und Planungen bzgl. der Realisierung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf Coesfelder Stadtgebiet beachtet werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	2	37	0
Alternativer Beschlussvorschlag	38	1	0

TOP 23	Benennung von Straßen im Ortsteil Lette Vorlage: 219/2025
--------	--

Beschlussvorschlag:

Der unmittelbar an die Bruchstraße angrenzenden Teil der heutigen Industriestraße wird in „Kurt-Ernsting-Straße“ umbenannt. Dieser Abschnitt wurde in dem als Anlage 3 beigefügten Lageplan dunkelgrün eingefärbt und mit einer 1 gekennzeichnet.

Die durch den Bebauungsplan 153 neu festgesetzte Straße, die ebenfalls direkt an die Bruchstraße grenzt, wird mit dem Namen „Lilly-Ernsting-Straße“ versehen. Dieser Abschnitt wurde in dem als Anlage 3 beigefügten Lageplan blau eingefärbt und mit einer 2 gekennzeichnet.

Die verbleibenden Abschnitte der Industriestraße südlich der zukünftigen Kurt-Ernsting-Straße und südlich der Lilly-Ernsting-Straße behalten ihren heutigen Namen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

TOP 24 DIEK-Lette: Neugestaltung Lönsdenkmal im Sanden
Vorlage: 217/2025

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Bau- und Planungskosten i.H.v. 57.500 € in den Haushaltsentwurf für 2026 aufzunehmen. Für das Projekt soll in 2026 ein Förderantrag für das Programm „Struktur- und Dorfentwicklung“ gestellt werden, alternativ bei der LEADER-Förderung.

Eine Umsetzung des Projektes seitens der Stadt Coesfeld erfolgt nur unter Vorbehalt einer Förderzusage.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	37	0	2

TOP 25 DIEK Lette 2.0 - Aufnahme neuer Projektideen
Vorlage: 223/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die Projekte „Nachnutzung Feuerwehrgerätehaus“, „Lette begrünen“, „Mitfahrbänke (Lette-Coesfeld)“, „Gemeindeplatz aufwerten“ und „Kerzenautomat“ in das Dorffinnenentwicklungskonzept Lette aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	1

TOP 26	Beschluss Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts der Stadt Coesfeld 2025 Vorlage: 224/2025
--------	---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

TOP 27	Bebauungsplan "Nr. 135 Bahnhofsareal Rekener Straße" 2. Änderung Vorlage: 094/2025
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) – in der zurzeit gültigen Fassung – die 2. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 135 „Bahnhofsareal Rekener Straße“ im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens gem. § 13 BauGB durchzuführen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungsleistungen und -kosten sowie einen Durchführungsvertrag abzuschließen.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 135 „Bahnhofsareal Rekener Straße“ zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 bis 3 en bloc	39	0	0

TOP 28	Bebauungsplan Nr. 167 " Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" - Satzungsbeschluss Vorlage: 226/2025
--------	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

TOP 29	Bebauungsplan Nr. 168 " Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Röttchen" - Satzungsbeschluss Vorlage: 228/2025
--------	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

TOP 30	Neugestaltung öffentlicher Flächen in der Innenstadt Vorlage: 189/2025
--------	---

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld beauftragt die Verwaltung, den Planungsprozess für die Neugestaltung der öffentlichen Flächen in der Innenstadt einzuleiten.

Der Rat beauftragt die Verwaltung *mit Beteiligung der Bürger:innen* ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) zu erarbeiten und Städtebaufördermittel zu beantragen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die für die Konzepterstellung erforderlichen Mittel in den Haushalt 2026 ff. einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	26	0	13

TOP 31	Anfragen
--------	----------

Herr Volmer erkundigt sich nach der Ausstattung des kommunalen Ordnungsdienstes, insbesondere hinsichtlich des Selbstschutzes.

Herr Thies antwortet, dass Schutzwesten und weitere Hilfsmittel in Absprache mit der Polizei beschafft würden. Erforderliche Schulungen würden ebenso mit der Polizei abgestimmt.

Herr Bouhari fragt, ob die Verwaltung nicht auch der Meinung sei, dass die an der kommunalen Selbstverwaltung Beteiligten nicht mehr dafür tun müssten, inklusiver und bunter zu sein? Er wolle diese Frage als Appell verstanden wissen.

Herr Böyer fragt nach der Existenz von Schutzräumen bzw. eines Schutzraumkonzepts.

Herr Thies bestätigt, dass dieses Thema derzeit aufkomme. Man befände sich dazu im Austausch mit dem Kreis Coesfeld und in der Klärung wo noch Schutzräume bestünden. Gemeinsam mit dem Kreis werde dazu etwas erarbeitet.

Frau Sieverding erkundigt sich nach den Parkproblemen am Darfelder Weg bis zum Bahnübergang. Seien diese bekannt und sollte der Weg entlang der dortigen Sportstätte nicht durch Poller abgeschildert werden?

Herr Thies sagt eine Beantwortung in der Niederschrift zu

Antwort der Verwaltung:

Dem Fachbereich 30 – Ordnung und Recht – sind die Parkprobleme nicht bekannt. Entlang der Sportstätten auf dem wassergebundenen Weg parken – außer gelegentlich Mitglieder der Tennisabteilung der SG Coesfeld 06 – eigentlich nie Personen. Das Aufstellen von Leitpfosten (werden vorrangig am Straßenrand aufgestellt und keine Poller) wird daher nicht als notwendig angesehen.

Erich Prinz
stellvertretender Bürgermeister

Benno Eink
Schriftführer